

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 9. Oktober 1996

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Altmann, Gila (Aurich) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21	Kubatschka, Horst (SPD)	30, 31
Barthel, Klaus (SPD)	36, 37	Kurzthals, Christine (SPD)	28, 29
Behrendt, Wolfgang (SPD)	14, 15	Dr. Lippelt, Helmut (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52
Börnsen, Arne (Ritterhude) (SPD)	34, 35	Marschewski, Erwin (CDU/CSU)	58
Braune, Tilo (SPD)	42, 43	Nitsch, Egbert (Rendsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Bulmahn, Edelgard (SPD)	40, 41	Probst, Simone (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2
Bury, Hans Martin (SPD)	26, 27	Dr. Richter, Edelbert (SPD)	44, 45
Catenhusen, Wolf-Michael (SPD)	48, 49	Schmidbauer, Horst (Nürnberg) (SPD)	13
Eich, Ludwig (SPD)	64, 65	Schmidt, Ulla (Aachen) (SPD)	55, 56
Erler, Gernot (SPD)	53, 54	Schwanitz, Rolf (SPD)	59
Ernstberger, Petra (SPD)	12	Seidenthal, Bodo (SPD)	46, 47
Dr. Feldmann, Olaf (F.D.P.)	8	Seuster, Lisa (SPD)	16, 17
Ferner, Elke (SPD)	24, 25	Steen, Antje-Marie (SPD)	10, 11
Gansel, Norbert (SPD)	9	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6
Heinrich, Ulrich (F.D.P.)	7	Teiser, Michael (CDU/CSU)	57
Hovermann, Eike (SPD)	32, 33	Thönnies, Franz (SPD)	38, 39
Kastner, Susanne (SPD)	62, 63	Wallow, Hans (SPD)	3, 50
Kemper, Hans-Peter (SPD)	4, 5	Wilhelm, Helmut (Amberg) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	22, 23
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	60, 61		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	10
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	15

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

- | | |
|---|--|
| 1. Abgeordnete
Simone
Probst
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Ursachen und die Folgen des zunächst geheimgehaltenen Störfalls in der Wiederaufarbeitung für Brüterbrennstoff im schottischen Dounreay? |
| 2. Abgeordnete
Simone
Probst
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts des Störfalls die Sicherheit der Anlage im Hinblick auf ihre Eignung für eine schadlose Verwertung von Kernbrennstoffen aus dem Versuchsbrüter KNK II in Karlsruhe? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

- | | |
|--|---|
| 3. Abgeordneter
Hans
Wallow
(SPD) | Ist die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesrates vom 27. September 1996, seinen Sitz von Bonn nach Berlin zu verlegen, bereit zu Verhandlungen über diesbezügliche Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn und das nördliche Rheinland-Pfalz? |
|--|---|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|--|--|
| 4. Abgeordneter
Hans-Peter
Kemper
(SPD) | Trifft es zu, daß das beim Bund der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband e. V. eingerichtete Ost-West-Büro für „gemeinschaftsfördernde und soziale Hilfsmaßnahmen zugunsten Deutscher in Polen“ bislang in vier Jahren ca. 2 Mio. DM Zuwendungen aus dem Haushalt des Bundesministeriums des Innern erhalten hat, und wenn ja, mit welchem Erfolg wurden die Mittel verwendet? |
|--|--|

5. Abgeordneter
**Hans-Peter
Kemper**
(SPD)

Trifft es zu, daß das Bundesverwaltungsamt finanzielle Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung der Mittel durch das Ost-West-Büro festgestellt hat, und wenn ja, welche Schritte werden in Erwägung gezogen, um eine bessere Kontrolle zu erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

6. Abgeordneter
**Manfred
Such**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Bundesbehörden sowie Unternehmen mit mehrheitlicher Bundesbeteiligung nehmen Ingenieur-Beratungsaufgaben für den eigenen Geschäftsbereich wahr und bieten diese Dritten an, und sieht die Bundesregierung in diesen Aktivitäten – auch angesichts einer zunehmenden Übertragung kommunaler Aufgaben auf kommunal kontrollierte Kapitalgesellschaften – eine Wettbewerbsbeeinträchtigung zu Lasten angestammter Berufsfelder von unabhängigen Ingenieur-Consulting-Unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

7. Abgeordneter
**Ulrich
Heinrich**
(F.D.P.)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Förderung des Exportes von für die Mast vorgesehenen Jungtieren (sogenannte Fresser) als wirkungsvolle Maßnahme zur Entlastung des Rindfleischmarktes in die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien, in denen eine große Nachfrage für diese Tiere besteht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

8. Abgeordneter
**Dr. Olaf
Feldmann**
(F.D.P.)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie sichergestellt werden kann, daß die im Rahmen der Sparmaßnahmen für den Kur- und Rehabereich ab 1997 zu erwartenden Min-

derbelegungen – wie im Gesetzgebungsverfahren vorgesehen – gleichgewichtig auf die Eigenbetriebe der Rentenversicherungsträger und die privaten Rehaeinrichtungen verteilt werden?

9. Abgeordneter
**Norbert
Gansel**
(SPD)

Hält es die Bundesregierung mit ihren Vorstellungen bei der Formulierung des Pflege-Versicherungsgesetzes (PflegeVG) für vereinbar, daß bei Untersuchungen „im Wohnbereich des Pflegebedürftigen“ nach § 18 Abs. 2 PflegeVG Pflegebedürftige durch nichtärztliches Personal des Medizinischen Dienstes untersucht und befragt werden und daß die Begutachtung der Pflegebedürftigkeit schließlich von Ärzten vorgenommen wird, die den Pflegebedürftigen selbst nicht gesehen und untersucht haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

10. Abgeordnete
**Antje-Marie
Steen**
(SPD)

Steht die Bundesregierung weiterhin zu ihrer Aussage, aus Gründen der gesundheitlichen Vorsorge für Badende und Personal den Gehalt von Trihalogenmethan als Chlorungsnebenprodukt besonders in Hallenbädern mit Meerwasser- und Sole-Becken – auch auf der Basis verschiedener hygienischer und umweltmedizinischer Untersuchungen – soweit wie möglich zu minimieren?

11. Abgeordnete
**Antje-Marie
Steen**
(SPD)

Wann wird die Bundesregierung die Verordnung über das Schwimm- und Badebeckenwasser erlassen, die nach unserer Kenntnis bereits entscheidungsreif vorliegt?

12. Abgeordnete
**Petra
Ernstberger**
(SPD)

Aufgrund welcher Tatsachen hat die Bundesregierung die erst am 1. Januar 1993 in Kraft getretene Pflege-Personalregelung (PPR) abgeschafft, und welche konkreten Vorstellungen hat die Bundesregierung, nach Aufhebung der PPR in den Krankenhäusern die flexible Anpassung der Personalentwicklung an die Leistungsentwicklung zu sichern?

13. Abgeordneter
Horst Schmidbauer
(Nürnberg)
(SPD)
- Was wird die Bundesregierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) bei Wegfall der Anlage 5 der Pflege-Personalregelung (PPR) anbieten – insbesondere, da die Bundesregierung die Anlage 5 PPR ausdrücklich begrüßt hat, weil mit ihr erstmalig Krankheitsverläufe so dokumentiert werden, daß insbesondere für die GKV das Krankenhausgeschehen transparent wird –, damit weiterhin die notwendige Transparenz vorhanden ist, um in Anbetracht eines sich ausweitenden, über Fallpauschalen und Sonderentgelte vergüteten Bereiches die Notwendigkeit und Qualität der erbrachten Leistungen zu beurteilen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

14. Abgeordneter
Wolfgang Behrendt
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung die geplante Stilllegung der Berliner innerstädtischen Flughäfen Tegel und Tempelhof noch einmal überprüfen will, und wenn ja, ist sich die Bundesregierung bewußt, daß sie damit den zwischen Berlin, Brandenburg und dem Bund gefundenen Konsens aufkündigt, Schönefeld als „Single“-Airport der Hauptstadt auszubauen?
15. Abgeordneter
Wolfgang Behrendt
(SPD)
- Welche Art von Flugverkehr ist im Falle einer Aufrechterhaltung der Standorte Tempelhof und Tegel vorgesehen, und wie hoch ist das zu erwartende Aufkommen dieser Flugverkehrsarten?
16. Abgeordnete
Lisa Seuster
(SPD)
- Ist die im Bundesverkehrswegeplan im Vordringlichen Bedarf stehende Bundesstraße B 56 n teilweise als Ortsdurchfahrt durch Bonn geplant, und beabsichtigt die Bundesregierung, eine Ortsdurchfahrt im Zuge einer Bundesfernstraße gegen den erklärten Willen der Stadt und des Landes weiter zu planen und zu bauen?
17. Abgeordnete
Lisa Seuster
(SPD)
- Welche gesetzlichen Regelungen wären über die bestehenden Gesetze hinaus notwendig, um sicherzustellen, daß die Bundesregierung bei Ortsdurchfahrten im Zuge von neuen Bundesfernstraßen die Verkehrsplanungen der betroffenen Gemeinden zu respektieren hat, und ist die Bundesregierung bereit, entsprechende Regelungen zu initiieren?

18. Abgeordneter
Egbert Nitsch
(Rendsburg)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie belaufen sich die aktuellen Kostenschätzungen für die einzelnen Abschnitte Venusbergtunnel und Ennertaufstieg im Rahmen der geplanten Baumaßnahme B 56n, nachdem in der Anhörung des Petitionsausschusses mit Kosten von 550 Mio. DM (Venusbergtunnel) und 150 Mio. DM (Ennertaufstieg) Zahlen genannt wurden, die ca. zehn Jahre alt sind und der Einstellung in den Bundesverkehrswegeplan '92 zugrunde lagen?
19. Abgeordneter
Egbert Nitsch
(Rendsburg)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Decken sich die genannten Schätzungen mit den bei anderen Straßenbauprojekten in vergleichbarer Größe, geologischer Komplexität und verkehrspolitischer Strittigkeit gemachten Erfahrungen zur Entwicklung der Kosten?
20. Abgeordnete
Gila Altmann
(Aurich)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welchen Untersuchungen und Prüfungen basieren die Aussagen des Vertreters des Bundesministeriums für Verkehr in der Begründung der Beschlußempfehlung für den Petitionsausschuß vom 25. September 1996 zum Thema Venusbergtunnel (Teilstück B 56n), daß es vor der Einstufung der B 56n in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans eine „sorgfältige Beratung“ und einen „langen Abwägungsprozeß“ gegeben habe?
21. Abgeordnete
Gila Altmann
(Aurich)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Untersuchungen im Rahmen der Nutzen-Kosten-Analyse, die einen Faktor von 3,3 ausweist und damit die Einstufung in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans begründet und einen Projektnutzen von 70,254 Mio. DM ausweist, haben zu den unter den Punkten 1.1 bis 1.6 angegebenen Berechnungsergebnissen geführt?
22. Abgeordneter
Helmut Wilhelm
(Amberg)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesminister für Verkehr, Matthias Wissmann, bereit, seine Ablehnung der Autobahnanschlüsse im Bonner Norden, da diese „im Widerspruch zu dem vom Bund [...] vertretenen verkehrlichen Ziel der ÖPNV-Förderung“ stünden (Bonner General-Anzeiger vom 21. Mai 1996), auf die Projekte Venusbergtunnel und Ennertaufstieg auszudehnen, und welche Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Ausgleichs für den Regierungsumzug sollten dann diesem Ziel entsprechend gefördert werden?

23. Abgeordneter
**Helmut
Wilhelm
(Amberg)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Beabsichtigt das Bundesministerium für Verkehr nach den Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Manfred Carstens in der Anhörung des Petitionsausschusses, wonach die beiden Abschnitte Venusbergtunnel und Ennertaufstieg keineswegs nur im „Doppelpack“ vorstellbar seien, sondern jeder für sich stehe, die Projekte Venusbergtunnel und Ennertaufstieg fallenzulassen, da offensichtlich die überregionale Bedeutung dieser Projekte zu vernachlässigen ist, oder welche gesetzliche Grundlage berechtigt das Bundesministerium für Verkehr, derartige kommunale und regionale Straßenbauprojekte gegen den erklärten Willen der betroffenen Gebietskörperschaften weiterzuverfolgen?

24. Abgeordnete
**Elke
Ferner**
(SPD)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß Saarbrücken und der Nordast des TGV-Est in Frankreich gleichermaßen in den jetzt gemeldeten Rückzug der französischen Regierung aus dem TGV-Est zugunsten von TGV-Neigetechnik-Zügen einbezogen werden wie der Südast über Straßburg, und wie lassen sich im Rahmen dieser Überlegungen die in der Vereinbarung von La Rochelle vereinbarten Fahrzeiten für den Nordast und den Südast des TGV-Est sicherstellen?

25. Abgeordnete
**Elke
Ferner**
(SPD)

Welche Änderungen an den bisherigen Planungen im Hinblick auf Kurvengestaltung und Betriebstechnik müßten an der Trasse Saarbrücken — Mannheim vorgenommen werden, um die Vorzüge der TGV-Neigetechnik-Fahrzeuge zu nutzen, und reicht der bisher vorgesehene Ausbaustandard für diese Trasse aus, um TGV-Neigetechnik-Züge optimal zu nutzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

26. Abgeordneter
**Hans Martin
Bury**
(SPD)

Wie viele Postfilialen hält die Bundesregierung im Hinblick auf die grundgesetzlich zu gewährleistende flächendeckende Bereitstellung angemessener und ausreichender Postdienstleistungen für erforderlich, und weshalb hält der Bundesminister für Post und Telekommunikation seine früheren Zusagen, eine fünfstellige Zahl posteigener Filialen in Deutschland dauerhaft zu sichern, nicht mehr aufrecht?

27. Abgeordneter
Hans Martin Bury
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Forderung des Regulierungsrates, daß bis zur Entscheidung über ein Filialkonzept keine ersatzlosen Schließungen von Postfilialen stattfinden dürfen, umzusetzen?
28. Abgeordnete
Christine Kurzhals
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein Kooperationsvertrag zwischen der Deutschen Post AG und der Deutschen Postbank AG über die gemeinsame Nutzung der Schalter eine entscheidende Voraussetzung für den Erhalt von Postfilialen ist, und welche inhaltlichen Vorstellungen hat die Bundesregierung im Hinblick auf die festzulegende Kooperation beider Unternehmen?
29. Abgeordnete
Christine Kurzhals
(SPD)
- Welche Einigungsvorschläge hat die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation für einen Kooperationsvertrag zwischen der Deutschen Post AG und der Deutschen Postbank AG unterbreitet, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Einigungsvorschläge?
30. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Höhe des Nutzungsentgeltes für den Schalterdienst einer der Hauptstreitpunkte zwischen der Deutschen Post AG und der Deutschen Postbank AG ist, und um welche Beträge geht es dabei?
31. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Hält die Bundesregierung das von der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation vorgeschlagene Nutzungsentgelt, das die Deutsche Postbank AG an die Deutsche Post AG entrichten soll, im Hinblick auf eine flächendeckende Sicherung von Postfilialen für angemessen und ausreichend?
32. Abgeordneter
Eike Hovermann
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die mit dem Einigungsvorschlag der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation für einen Kooperationsvertrag zwischen der Deutschen Post AG und der Deutschen Postbank AG verbundenen Rationalisierungsvorgaben für die Deutsche Post AG im Schalterbereich für realistisch?
33. Abgeordneter
Eike Hovermann
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation, der Deutschen Post AG sofort eine größere Gestaltungsfreiheit im Filialnetz zu ermöglichen, und welchen Spielraum beabsichtigt die Bundesregierung der Deutschen Post AG künftig bei der Gestaltung ihres Filialnetzes einzuräumen?

34. Abgeordneter
**Arne
Börnsen
(Ritterhude)
(SPD)**
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation, daß bei Zahlung der von der Post geforderten Schalterentgelte der künftige Börsenwert der Deutschen Postbank AG und damit die entsprechenden Privatisierungserlöse des Bundes erheblich sinken würden, und trifft es zu, daß sich die Bundesregierung deshalb für möglichst niedrige Nutzungsentgelte der Deutschen Postbank AG einsetzt, um aus kurzfristigen haushaltspolitischen Motiven möglichst hohe Privatisierungserlöse der Deutschen Postbank AG zu erzielen?
35. Abgeordneter
**Arne
Börnsen
(Ritterhude)
(SPD)**
- Ist die Bundesregierung bereit, daraus entstehende Verluste der Deutschen Post AG durch einen Barzuschuß des Bundes aus Privatisierungserlösen bei der Deutschen Postbank AG oder durch Kaufpreisminderungen zugunsten der Deutschen Post AG beim Erwerb des ihr zugeachteten Aktienanteils der Deutschen Postbank AG auszugleichen?
36. Abgeordneter
**Klaus
Barthel
(SPD)**
- Hält die Bundesregierung es für möglich, den von der Deutschen Post AG bei Verwirklichung des Einigungsvorschlages der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation für einen Kooperationsvertrag zwischen der Deutschen Post AG und der Deutschen Postbank AG befürchteten zusätzlichen Personalabbau von über 20 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sozialverträglich zu bewältigen?
37. Abgeordneter
**Klaus
Barthel
(SPD)**
- Wie stellt sich die Bundesregierung die Realisierung eines solchen drastischen Abbaus von Arbeitsplätzen vor dem Hintergrund des hohen Beamten- und Beamtinnen-Anteils in den betroffenen Bereichen vor?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

38. Abgeordneter
**Franz
Thönnies
(SPD)**
- Wie ist die Jury zusammengesetzt, die die Gewinner des BioRegio-Wettbewerbs ermitteln soll?

39. Abgeordneter
Franz Thönnies
(SPD)
- Nach welchen von wem ausgearbeiteten Kriterien wird sie ihre Entscheidung treffen?
40. Abgeordnete
Edelgard Bulmahn
(SPD)
- Mit welcher Zielsetzung und in welchem Verfahren soll die Vergabe der im Bundeshaushalt für das Haushaltsjahr 1997 vorgesehenen 30 Mio. DM für „Modellregionen in der Biotechnologie“ vorgenommen werden?
41. Abgeordnete
Edelgard Bulmahn
(SPD)
- Können Projektvorschläge für Mittel aus dem Haushaltstitel 68301 (Modellregionen in der Biotechnologie) für 1997 im Sinne der am 9. Oktober 1995 angekündigten Bevorzugung der Wettbewerbssieger nur von den Gewinnern des BioRegio-Wettbewerbs eingereicht werden, oder ist dies für alle Teilnehmer am BioRegio-Wettbewerb möglich?
42. Abgeordneter
Tilo Braune
(SPD)
- Welche Fördermöglichkeiten sollen die Gewinner des BioRegio-Wettbewerbs durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und andere Bundesministerien erhalten, und wie ist dabei die in der Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie vom 9. Oktober 1995 formulierte Ankündigung „Die drei besten Bioregionen werden in der zweiten Phase bei der Vergabe von Fördermitteln aus dem Fachprogramm Biotechnologie des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie bevorzugt“ konkret zu verstehen?
43. Abgeordneter
Tilo Braune
(SPD)
- Aus welchen Gründen hat sich die Bundesregierung von vornherein darauf festgelegt, daß es nur drei Gewinner bei dem BioRegio-Wettbewerb geben soll?
44. Abgeordneter
Dr. Edelbert Richter
(SPD)
- Hat die Bundesregierung bei der Konzipierung des BioRegio-Wettbewerbs an die komplementäre Förderung der Wettbewerbssieger aus Mitteln der EU gedacht, und welche europäischen Förderprogramme können für die ergänzende Finanzierung von BioRegio-Projekten in Frage kommen?
45. Abgeordneter
Dr. Edelbert Richter
(SPD)
- Welche Förderquote ist bei der Vergabe von Mitteln aus dem Haushaltstitel 68301 (Modellregionen in der Biotechnologie) vorgesehen, und ist die Mitfinanzierung eines Projekts durch die Industrie und/oder das jeweilige Bundesland erforderlich?

46. Abgeordneter
Bodo Seidenthal
(SPD)
- Welche Unternehmen der Pharma-, Saatgut-, Lebensmittel- und Umweltindustrie sind aktiv an den eingereichten Konzepten im Rahmen des Bio-Regio-Wettbewerbs beteiligt?
47. Abgeordneter
Bodo Seidenthal
(SPD)
- Denkt die Bundesregierung daran, vergleichbare Wettbewerbe auch für andere Technologieschwerpunkte durchzuführen?
48. Abgeordneter
Wolf-Michael Catenhusen
(SPD)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung ihre Entscheidung, die Mittel für die Förderung von „Modellregionen in der Biotechnologie“ in Höhe von 30 Mio. DM vor allem durch Kürzung der Haushaltsansätze für die „Förderung der biotechnologischen Industrie (– 15 Mio. von 20 auf 5 Mio. DM), für die Genomforschung (– 3 Mio. von 24 auf 21 Mio. DM), für die neurobiologische Forschung (– 4 Mio. von 14 auf 10 Mio. DM) sowie für die Proteinforschung (– 7 Mio. von 14 auf 7 Mio. DM) aufzubringen, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß trotz des BioRegio-Wettbewerbs die Gefahr einer realen Kürzung von Mitteln für kleine Gentechnikfirmen droht?
49. Abgeordneter
Wolf-Michael Catenhusen
(SPD)
- Wie verhält sich die Vergabe von Mitteln für die Förderung von „Modellregionen in der Biotechnologie“ zu anderen Förderprogrammen wie „Technologieorientierte Unternehmensgründungen“ sowie „Förderung der Auftragsforschung“?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

50. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Welche Botschaften haben bislang aufgrund der geplanten Verlegung von Parlament und Teilen der Regierung nach Berlin Forderungen an den Bund geltend gemacht, und wie hat die Bundesregierung darauf jeweils reagiert?
51. Abgeordneter
Dr. Helmut Lippelt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft die Meldung der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ vom 20. September 1996 zu, derzufolge „das Auswärtige Amt . . . noch immer seine schützende Hand über Guido Brunner“ hält, d. h., daß es „ein Rechtshilfeersuchen der spanischen

Untersuchungsrichterin Teresa Chacon" wegen Gefährdung der „Souveränität der Bundesrepublik Deutschland" abgelehnt hat, und worin bestünde dieser Souveränitätsverlust, da doch die Vorwürfe gegen Botschafter a. D. Guido Brunner im Zusammenhang mit seiner angeblichen Verwicklung in Spendenaffären gerichtlich untersucht werden?

52. Abgeordneter
**Dr. Helmut
Lippelt**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Gibt es verbindliche Richtlinien des Auswärtigen Amtes für alle deutschen Botschaften über die Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen im Ausland, und welche sind das?

53. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

Hält es die Bundesregierung für ausreichend, besondere Beziehungen zwischen der NATO und der Russischen Föderation, z. B. in Form einer Charta oder eines besonderen Vertrages, nach einer konkreten Beschlußfassung zur Osterweiterung des Bündnisses zu schaffen, oder ist es nach Auffassung der Bundesregierung notwendig, diese besonderen Beziehungen vor der vorgesehenen Osterweiterung zu definieren?

54. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

Wie weit sind die Arbeiten innerhalb der NATO an einer Charta bzw. an einem besonderen Vertrag mit der Russischen Föderation bisher gediehen, und welche Vorstellungen bringt die Bundesregierung für die Konzeption einer solchen Charta bzw. eines solchen Vertrages ein?

55. Abgeordnete
**Ulla
Schmidt**
(Aachen)
(SPD)

Liegen dem Auswärtigen Amt bzw. der Deutschen Botschaft in Manila Erkenntnisse vor, wonach der auf den Philippinen wegen sexueller Gewalt straffällig gewordene Dr. Ernst Friedrich Andreas Lewicki (s. „Sonntagszeitung" vom 29. September 1996 und die Zeitung „Blick" vom 18. und 26. September 1996) sich in der Vergangenheit schon häufiger auf den Philippinen aufhielt, und hatte er möglicherweise in diesem Zusammenhang Kontakte mit der deutschen Botschaft?

56. Abgeordnete
**Ulla
Schmidt**
(Aachen)
(SPD)

Warum hat die deutsche Botschaft im Dezember 1995 dem auf den Philippinen wegen sexueller Gewalt straffällig gewordenen Dr. Ernst Friedrich Andreas Lewicki (s. „Sonntagszeitung" vom 29. September 1996 und die Zeitung „Blick" vom 18. und 26. September 1996) statt der Aushändigung seines Reisepasses nicht einen Paßersatz nach § 7 Abs. 4 PaßG ausgestellt, was zwangs-

läufig dazu geführt hätte, daß Dr. Lewicki (s. „Sonntagszeitung“ vom 29. September 1996 und die Zeitung „Blick“ vom 18. und 26. September 1996) nur nach Deutschland hätte ausreisen können, wo er sich der Strafverfolgung hätte stellen müssen, da auf den Philippinen verübte sexuelle Gewalt gegen Kinder grundsätzlich auch nach deutschem Strafrecht in Deutschland verfolgt werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

**57. Abgeordneter
Michael
Teiser
(CDU/CSU)**

Welche Gründe sprechen nach Auffassung der Bundesregierung dafür, angesichts zunehmender Straftaten nach § 223 StGB (Körperverletzung) und § 223a StGB (Gefährliche Körperverletzung) die Regelung des § 376 StPO in Verbindung mit § 374 Nr. 4 StPO beizubehalten, auf deren Grundlage Staatsanwaltschaften an deutschen Gerichten mit steigender Tendenz wegen fehlenden öffentlichen Interesses auf die Erhebung einer öffentlichen Klage verzichten und die Geschädigten auf den oftmals aussichtslosen Privatklageweg verweisen können, und welche Auswirkungen auf das Rechtsbewußtsein in der Bevölkerung sieht die Bundesregierung, wenn nicht zumindest bei Straftaten nach § 223a StGB ein generelles öffentliches Interesse an einer Strafverfolgung unterstellt wird?

**58. Abgeordneter
Erwin
Marschewski
(CDU/CSU)**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Schaffung einer rechtlichen Möglichkeit, Gewinnabschöpfungen aus dem Drogenhandel direkt zur Finanzierung von Projekten zur Drogenbekämpfung und -prävention einzusetzen?

**59. Abgeordneter
Rolf
Schwanitz
(SPD)**

Aus welchem Grunde wurde im Bundesministerium der Justiz mitten in den parlamentarischen Beratungen über eine Verbesserung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze die Abteilung V („Bereinigung von DDR-Unrecht“) aufgelöst, und lassen die Worte des Bundesministers der Justiz anläßlich der Vorstellung der neuen Abteilung E „Unser Weg führt jetzt von der deutschen Vereinigung in eine europäische Zukunft. Man kann deshalb formulieren: Das Bundesjustizministerium ist auf dem Weg in das 21. Jahrhundert.“ (Recht Nr. 31/96 vom 12. September 1996, S. 1)

darauf schließen, daß der Bundesminister der Justiz die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit für abgeschlossen und sämtliche Probleme des Einigungsprozesses für gelöst hält, so daß diese Probleme im Bundesministerium der Justiz zugunsten einer Beschäftigung mit Europa- und Völkerrecht sowie Rechtsentwicklung vernachlässigt werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

60. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß die Bundesregierung entgegen der Ansicht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR 250 Mio. DM aus dem SED-Parteivermögen zurückhält, die für Zwecke in den östlichen Ländern bestimmt sind (vgl. „Handelsblatt“ vom 4. September 1996)?
61. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Falls ja, auf welche Rechtsgrundlage stützt die Bundesregierung sich hierbei?
62. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Mit welchen zusätzlichen steuerlichen Belastungen müssen die kommunalen Entsorgungs- bzw. Dienstleistungsbetriebe nach dem Urteil des Bundesfinanzhofes vom 23. Oktober 1996 entsprechend dem Gerichtsbescheid vom 10. Juli 1996 zur Gleichbehandlung kommunaler und privater Betriebe im Bereich der Müllentsorgung rechnen und wären die Finanzbehörden nach dem Urteil ohne Gesetzesänderungen verpflichtet, die Umsatz-, Körperschaft- und Vermögensteuerverpflicht bei öffentlich-rechtlichen Entsorgern umzusetzen?
63. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Welche Gesetzesänderungen werden von der Bundesregierung vorbereitet, um die Kommunen und Gebührenzahler vor nicht mehr erträglichen zusätzlichen Belastungen durch das Urteil des Bundesfinanzhofes zu schützen, und wie steht die Bundesregierung zu Forderung der Wasser- und Abwasserwirtschaft, die Abwasserentsorgung wie die Wasserversorgung mit einem verminderten Umsatzsteuersatz von 7 % zu versteuern?

64. Abgeordneter
Ludwig
Eich
(SPD)

Welche Auswirkungen auf die Abwassergebühren würde eine Umsatzbesteuerung von 7 bis 15% auf die bisher freigestellte öffentlich-rechtliche Abwasserentsorgung haben, und welche Unterschiede würden dabei für Kommunen mit unterschiedlichem Investitionsbedarf entstehen?

65. Abgeordneter
Ludwig
Eich
(SPD)

Wie sollen zusätzliche Gebührenbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger durch eine zusätzliche Umsatzbesteuerung der bisher als hoheitliche Tätigkeiten freigestellten Dienstleistungen vermieden werden?

Bonn, den 4. Oktober 1996